

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 5/21

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Weiter Panik bei Corona oder bald Ende von Kontaktverboten?

Pandemiebekämpfung in Deutschland: Ausgangssperren, Verweil- und Essverbote, Reise- und Beherbergungsverbote, FFP2-Maskenpflicht im ÖPNV, geschlossene Läden, Kneipen, Studios u.v.m., geschlossene Schulen, Kita's, Kinos, Testpflicht für alle nicht im homeoffice Arbeitenden, trotz Frühling vielerorts **Geisterstädte sowie riesige Kollateralschäden! Und kein Ende in Sicht?**

WELT-Kommentar vom 24.4.: " *Deutschlands Meinungseliten drehen durch, weil fünfzig Schauspieler die Corona-Politik persiflieren. Die hysterische Reaktion zeigt, dass #allesdichtmachen den Nerv unserer Zeit getroffen hat. Denn die Satire entlarvt auch die Rolle der Medien in der Pandemie. Dass sich die deutsche Meinungsblase gerade über ein Videoprojekt von fünfzig Schauspieler stärker echauffiert als über ein Infektionsschutzgesetz, das Menschen in ihren Häusern einsperrt und Kindern das Recht auf Schule verwehrt, spricht für sich. Die Aktion #allesdichtmachen hat einen gesellschaftlichen Hauptnerv getroffen - sie ist das Stück der Stunde....*"

Deutlich höhere Inzidenzen in Migrantenvierteln?

In Essen hat jeder zweite positiv auf Corona Getestete einen Migrationshintergrund. Auch in Mülheim sind die Inzidenzen vor allem in Styrum und Eppinghofen hoch. Krisenstabsleiter Steinfort sieht das Problem in Parallelgesellschaften. 114 Neuinfektionen hatte das Mülheimer Gesundheitsamt z.B. an einem Mittwoch im April gemeldet – so viele innerhalb von 24 Stunden wie noch an keinem anderen Tag in diesem Jahr. Besonders hatte sich das Coronavirus in Styrum und Eppinghofen ausgebreitet, die Sieben-Tage-Inzidenzen lagen dort bei 475,4 beziehungsweise 264,8. Stadtdirektor und Krisenstabsleiter Frank Steinfort benannte in der WAZ das Problem: „eine Bevölkerung, die wir nicht mit unserer Kommunikation erreichen.“ Dafür erntete er sehr heftige Kritik u.a. von den Grünen, der SPD, von "Die Partei" und dem Integrationsrat. Die Empörung über Steinfort gipfelte in dem Vorwurf, „.. dass eine Unterscheidung zwischen Migranten und Nicht-Migranten ... eine rassistische Äußerung" darstelle, so ein "Partei"-Vertreter in der WAZ. Unverzüglich wurde eine Sondersitzung des Integrationsrats anberaumt, auf der dann Einmütigkeit herrschte, die Impfanstrengungen in den Migrantenvierteln deutlich zu verstärken.

Angsträume in der Innenstadt durch Jugendbanden?



Die Massenschlägerei unter Jugendlichen Ende April wirft Fragen auf. Händler beobachten mit Sorge regelmäßigen Zoff und fordern mehr Polizei. WAZ: „*Massenschlägerei: Haben Jugendgruppen Stadtmitte im Griff?*“ Dieser Massenschlägerei an der Haltestelle Mülheim Stadtmitte ging eine ähnliche vor kurzem am Hbf voraus. Laut Beobachter waren dieses Mal bis zu 100 Jugendliche beteiligt. Händler berichteten, dass die Situation umherstreifender Jugendgruppen seit Jahren für Ärger sorgt, "weil sich abends sonst niemand mehr hierhin traut."

Auf den folgenden Seiten:

- Keine Luxuswohnungen in und um den Wasserbahnhof herum! S. 2
- Lufttaxis ohne Lärm im Anflug auf die Ruhrhöhen? und: Schwindsüchtiger ÖPNV im Ruhrgebiet? S. 2
- Schon wieder großer Ärger mit Radlern auf dem Leinpfad S. 3
- Grundsteuerreform kommt in NRW nicht voran - Große Sorge bei hohen Hebesätzen wie in MH S. 3
- Grüne auf direktem Weg ins Bundeskanzleramt? Und dann? S. 4

Einlegeblatt: Warum Welterbe-Bewerbung für das Ruhrgebiet? Stärkt lieber bestehende Industriedenkmäler!

Keine Luxuswohnungen in/um den Wasserbahnhof herum!

„Die Planungen schreiten voran“, meldet die Verwaltung des Wasserbahnhofs auf der Schleuseninsel in der WAZ. Die Spekulationen, dass in dem Gebäude künftig auch Luxuswohnungen entstehen könnten, erhärten sich derweil. Deshalb haben CDU/Grüne/MBI/FDP einen gemeinsamen Antrag eingereicht, einen B-Plan für die Schleuseninsel einzuleiten, um zu gewährleisten, dass dies nicht möglich wird. WAZ: „Mülheimer Wasserbahnhof: Gerücht um Wohnungen verhärtert sich“ Zur Erinnerung: Das Gelände des ehemaligen Wasserwerks an der Dohne soll demnächst für zumeist höherwertiges Wohnen zwischen Leinpfad und Dohne neu bebaut werden. Daneben bis zur „Tomate“ befindet sich das „Hotel am Ruhrufer“. Das soll Gerüchten zufolge anscheinend aufgegeben werden und anstelle dessen sollen dort teure Wohnungen entstehen mit Blick auf die Ruhr. Ein Stück weiter auf der Mendener Straße soll gegenüber dem Ruhrstrand anstelle einer alten Villa ein Gebäude für 8 Eigentumswohnungen entstehen, natürlich im gehobenen Preissegment und mit deutlicher Verdichtung. Je Wohnung sind dort zwischen 160 bis 200 qm Wohnfläche vorgesehen. Auch die Zukunft des Wasserbahnhofs auf der Schleuseninsel ist unklar, wobei auch dort zumindest teilweise ein Umbau zu exquisiten Wohnungen nicht vom Tisch ist. Aus all den Beispielen heraus hatten die MBI für den Planungsausschuss am 8.12.20 die Anfrage eingereicht, wie die Stadt mit dem Wildwuchs an Bauvorhaben und -wünschen entlang dieses Panoramateils des Ruhrufers umzugehen gedenkt. Man denke auch an die Aufgabe der Jugendherberge für teure Eigentumswohnungen. Mehr in: Immer neue Bauvorhaben entlang des Ruhrufers?



Fluchhafen Essen/Mülheim: Lufttaxis ohne Lärm im Anflug?



Vor wenigen Monaten erst lag noch eine Masterplanung für die zukünftige Nutzung des Flughafen-Areals ohne Fliegen auf dem Tisch. Nun steht dem Flughafen Essen-Mülheim ein auf drei Jahre angelegtes Forschungsprojekt ins Haus, das unter Beweis stellen will, dass Luftfahrt der Zukunft nicht nur schadstoff- und lärmarm sein kann, sondern auch gewinnbringend eben für Fluglandeplätze wie dem auf den Raadter Höhen. Rund um den Flughafen Aachen-Merzbrück konzentriert sich ein Forschungsvorhaben zur Zukunft von innovativem Flugverkehr. Der Flughafen Essen-Mülheim soll Kooperationspartner werden. WAZ: "Flughafen Essen-Mülheim: Lufttaxis ohne Lärm im Anflug"

Es bleibt die Frage, wie zukunftstauglich das wirklich ist oder ob es sich um eine weitere (und bereits mindestens die 20igste) Nebelkerze der Fans des Fluglandeplatzes auf den Ruhrhöhen mitten im Ballungsgebiet handelt.

Was wird aus dem schwindsüchtigen ÖPNV im Ruhrgebiet?

Vor Jahren verkündete der "ÖPNV-Experte" Bonan, einstiger Kämmerer der Schuldenkönigin MH/Ruhr und aufgestiegen zum Ruhrbahn-Geschäftsführer ("natürlich" bei Einkommensverbesserung "nur" um das Vierfache), man werde die Busflotte ganz auf E-Mobilität umstellen, um das Weltklima zu retten bzw. weil man auf sehr hohe Bundeszuschüsse spekulierete. Die MBI kritisierten das damals als einzige, weil die sauteure Umrüstung auf E-Busse auch ökologisch erkennbar ein Irrweg wäre, denn die Ersetzung der Dieselbusse konnte nur Sinn machen bei Umstieg auf Wasserstoff. Und nun verkündete Bonan: Der erste Wasserstoffbus soll schon im Mai testweise in Mülheim starten. Ab 2024 können sechs Linien im Einsatz sein, bis 2033 die gesamte Flotte. Noch Fragen?

Laut Bundes-Notbremse gilt im ÖPNV auch eine verschärfte Maskenpflicht. So sind ab dem 24. April ausschließlich FFP2-Masken oder vergleichbare Masken (KN95 und N95) in Bussen, Bahnen, an Haltestellen und in Kundencentern erlaubt. Medizinische Mund-Nasen-Masken sind verboten. Außerdem soll nur die Hälfte der regulär zulässigen Passagiere mitfahren, **womit insgesamt der ohnehin schwindsüchtige ÖPNV im westlichen Ruhrgebiet einen zusätzlichen Tiefschlag erleiden wird!**

Schon wieder großer Ärger mit Radlern auf dem Leinpfad

Eine Mülheimerin (34) fiel nach einem Streit mit Radlern am Leinpfad in die Ruhr. Sie kam in eine Klinik. Die Polizei sucht Zeugen des Vorfalls. Der Rettungsdienst brachte die Frau in ein Krankenhaus. Ihr Kontrahent soll zwischen 50 und 55 Jahre alt sein. Er hat schwarze, bzw. größtenteils graue Haare, trug schwarze Sportkleidung und war vermutlich auf einem Rennrad unterwegs. Zur Erinnerung vor 1 Jahr: Nach MBI-Antrag Sperren gegen verbotenes Leinpfad-Radeln. Am Leinpfad, rechte Ruhrseite zwischen Schleuseninsel/Thyssen-Teich und Tomate, versprach die



Stadt Mülheim nun doch mehr Sperren gegen Fahrradfahrer aufstellen. Mehr Schilder und eine Umlaufsperre am Franziskushaus sollten kurzfristig den Konflikt abschwächen. **Noch scheint das nicht wirksam umgesetzt zu sein und der Dauerkonflikt zwischen Spaziergängern und Radlern dauert an!**

Grundsteuerreform kommt in NRW nicht voran

Es betrifft die Geldbeutel aller, die eine Wohnung oder ein Haus gemietet haben oder besitzen, und für die Städte stehen Milliarden auf dem Spiel: Das Thema Grundsteuer geht mithin jeden etwas an. Doch bei der historischen Reform der wichtigsten Kommunalabgabe des Landes kommt NRW einfach nicht voran. Die Kommunen sind alarmiert, Wirtschafts- und Verbraucherverbände drängen zur Eile. Die Sorge: Schafft es die schwarz-gelbe Landesregierung nicht, das Reformpaket fristgemäß auf den Weg zu bringen, fällt die Grundsteuer Ende 2024 komplett weg.

Die Verfassungsrichter hatten dem Gesetzgeber die großzügige Übergangsfrist bis Ende 2024 nicht ohne Grund eingeräumt. Schließlich geht es um die Neubewertung von rund 35 Millionen Grundstücken in Deutschland. Nach dem Modell von Finanzminister Scholz soll für die künftige Berechnung neben dem Boden- auch der durchschnittliche Mietwert einer Immobilie ermittelt werden. Dagegen laufen Wirtschafts- und Verbraucherverbände in NRW Sturm. In einer gemeinsamen Erklärung fordern Handwerk, IHK, Unternehmerverband, Bund der Steuerzahler und Haus & Grund eine Lösung, die nur die Grundstücks- und Gebäudefläche berücksichtigt. Das Scholz-Modell lehnen die Verbände als zu kompliziert und unberechenbar ab. Was auf Mieter, die die Grundsteuer anteilig über ihre Nebenkosten bezahlen, sowie Haus- und Wohnungseigentümer zukommt, ist noch völlig unklar. Sicher ist: Die Verteilung der Grundsteuerlast in Deutschland wird sich deutlich verschieben. Das Ruhrgebiet gilt in Sachen Grundbesitzabgaben als Hochsteuerregion. Aus reiner Finanznot und **zum Ärger vieler Bürger haben einige Revierstädte die sogenannten Grundsteuer-Hebesätze in den vergangenen Jahren drastisch angehoben. Duisburg (855 Punkte), Mülheim (890 Punkte) und Witten (910 Punkte) gehören in dieser Disziplin bundesweit zur Spitzengruppe.** Düsseldorf hingegen kann es sich leisten, den Hebesatz seit Jahren unverändert bei 440 Punkten zu belassen. Die vom Mülheimer Rat im Dez. 2018 beschlossene **Erhöhung der Grundsteuer um sage und schreibe 39%** war fantasie- und perspektivlos und völlig unverhältnismäßig. In der Umbruchphase durch die Pandemiebekämpfung ist die rekordverdächtig hohe Grundsteuer sogar kontraproduktiv! **Sie sollte auch auf der Grundlage der notwendigen Neuberechnung der Einheitswerte zurückgenommen oder reduziert werden, was die MBI im Rat vergeblich beantragt hatten!** Zur Erinnerung

An die 1000 Menschen werden es gewesen sein, die am 14. Februar 2019 auf dem Rathausplatz für die



Rücknahme der Mülheimer Grundsteuererhöhungssorgie durch SPD//CDU//Grüne demonstrierten. Das war die größte Demo oder Kundgebung, die Mülheim seit vielen, vielen Jahren gesehen hatte. Doch man stieß auf taube Ohren bei Verwaltung und Ratsmehrheit. Bei den Kommunalwahlen 2020 hatte das keine Konsequenzen, weil Corona alles überlagerte. und Schwarz-Grün erhielt die Mehrheit!

Die bittere Quittung werden viele Mülheimer Bürger dann spätestens 2024 bekommen!

Grüne auf direktem Weg ins Bundeskanzleramt? Und dann?

Während sich CDU/CSU selbst zerfleischten an der Kandidatennominierung, rutschte Annalena Baerbock reibungslos in die grüne Pole-Position. Mittlerweile ist es nicht auszuschließen, dass sie es sogar bis ins Kanzleramt schafft. Höchste Zeit zu überlegen, was mit einer Regierung der Grünen auf Deutschland zukommen könnte. Wieso ferner das Verfassungsgericht die Klage von Fridays for Future gegen die Maßnahmen der Regierung zum Klima-



wandel überhaupt angenommen hat, bleibt ein Rätsel. Ein Verfassungsgericht ist wohl für diese Fragen nicht zuständig. Das VG rechtfertigte "Freiheitseinbußen" nicht nur mit einer noch nicht bekannten Zukunft allgemein, sondern auch mit noch nicht geborenen Menschen, die über Gesetze und Regulierungen von heute zu entscheiden hätten. Das passt exakt in den elitären Moralismus des ergrünten Zeitgeistes.

Grünes Deutschland: "Great Reset" und "cancel culture"?

Auch führende Funktionäre des Kapitals können sich mit Baerbock anfreunden. Auf die Frage "Wen würden Sie bei einer Direktwahl zur Kanzlerin oder zum Kanzler wählen?", die die Wirtschaftswoche vergangene Woche stellte, antworteten etwa 1 00 Führungskräfte aus Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst eindeutig: 26 Prozent der Befragten sprachen sich für Baerbock aus, Das Manager-Magazin urteilte vor zwei Wochen: *"Die wirtschaftspolitische Garde der Ökopartei ist längst aufgestellt und hervorragend vernetzt und bereit für einen radikalen Umbau der Industrie."* **Unter der Forderung nach Rettung des Weltklimas verstehen führende Köpfe u.a. des Weltwirtschaftsforums nichts anderes als den sog "Great Reset", d.h. die gesamte Weltwirtschaft möglichst auf vollständige Digitalisierung, KI (künstliche Intelligenz) usw. zu transformieren.** Weiter das Manager-Magazin: *"Unternehmer und Manager können den Klimawandel nicht mehr ignorieren, dessen Auswirkungen bedrohen bisherige Geschäftsmodelle, Handelswege und Absatzmärkte, oder schlicht: den Profit. Vertreter kapitaler Interessen goutieren die grüne Vorstellung von einer "sozial-ökologischen Marktwirtschaft". Schließlich gilt auch in einem Kapitalismus mit grünem Daumen weiterhin das von Marx formulierte Gesetz der Verwandlung von Geld in mehr Geld,"*. Nur eben für zumeist andere als bisher. Das sind dann nicht mehr Thyssen-Krupp, Ford, der Metro-Konzern usw., sondern Apple, Google, Amazon, Ali Baba, Elon Musk und etliche chinesische Konzerne. Der gigantische "Reset" hat mit Corona einen Riesenschub erhalten, abgefedert und finanziert durch unvorstellbar viele Billionen staatlicher Gelder vor allem in USA und der EU und dort vornehmlich Deutschland.

Neu ist der Konflikt zwischen alten und neuen Kapitalfraktionen nicht. In dieser Auseinandersetzung steht es derzeit so gut für die Grünen, dass sie erstmals eine eigene Kanzlerkandidatin aufstellten. Längst sind auch die Vorstellungen neubürgerlicher Lebensführung durch alte und neue Medien so verbreitet, dass inzwischen kaum eine Werbeabteilung sie mehr ignoriert. Die Zielgruppe mit dem "lifestyle of health and sustainability" (Jargon von Soziologen und Marketing-Strategen) legt keinen Wert auf Statussymbole und Werte des alten Bürgertums, sondern predigt scheinheilig "verantwortungsvollen Konsum", was auch immer das bedeuten mag. Kurzum: **Der "Great Reset" wird große Verwerfungen erzeugen, nicht zuletzt in sog. "rust-belts" wie dem Ruhrgebiet.**



Die zweite Entwicklung, die die Grünen befördert, ist die gefährlich gewachsene Einschränkung der Meinungsfreiheit. Abweichende Meinungen vom grünen Zeitgeist werden systematisch ausgegrenzt und diffamiert, fast nie mehr diskutiert. Das ganze gipfelt im sog. "cancel culture", womit fast die gesamte westliche Kultur als rassistisch, sexistisch oder diskriminierend angeklagt und beseitigt werden soll. Anstatt sich z.B. um die schweren Versümnisse der Integration einer unregelmäßigen Zuwanderung zu kümmern, wird fast alles und jede/r als rechts diffamiert und ausgegrenzt, der Probleme auch nur benennt. Dass der Kollaps der deutschen Sozialsysteme mit einer grünen Kanzlerin beschleunigt würde, ist nicht gerade unwahrscheinlich!

Sollte sich das Ruhrgebiet die Welterbe-Bewerbung ersparen, um nicht zur Museumslandschaft zu werden?

Auf der Tagesordnung des Hauptausschusses anstelle des Rates am 22. April stand auch der Punkt Teilnahme von Mülheim an der Bewerbung des Ruhrgebietes als UNESCO-Welterbe. Der Punkt wurde kurzfristig verschoben auf die nächste Ratssitzung am 1. Juli. Groß öffentlich diskutiert war das in Mülheim bisher nicht. Deshalb im Folgenden ein kritischer Artikel dazu aus Ruhrbarone vom 27.4.21:

Das Ruhrgebiet hat keinen Grund, optimistisch in die Zukunft zu schauen und sollte sich die Welterbe-Bewerbung ersparen

Stefan Berger, der Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets, hat sich in einem Beitrag in der FAZ für die Bewerbung des Ruhrgebiets als UNESCO-Welterbe ausgesprochen. Nicht eins der von ihm angeführten Argumente sticht. Die Industriekultur-Lobby des Ruhrgebiets und der Regional-



verband Ruhr (RVR) haben einen Traum. Und wie immer ist es ein Traum, der viel Geld kostet und der wirtschaftlichen Entwicklung des Ruhrgebiets nicht nutzen, sondern schaden wird: Das Ruhrgebiet soll UNESCO-Welterbe werden. Hunderte von ehemaligen Industriegebäuden und ihr Umfeld sollen als Kulturlandschaft geschützt werden. Das beste Argument dagegen liefert das Papier, in dem die Bewerbung begründet wird: "Die strukturierte Ausrichtung auf eine Relikt- sowie eine fortbestehende Landschaft, was neue Funktionen und Werte miteinschließt, macht das Wesentliche des heutigen Ruhrgebiets aus."

Hier knüpft auch Stefan Berger in seinem Beitrag in der FAZ an, wenn er schreibt: "Die Pflege des industriellen

Erbes verhindert nicht die Ansiedlung neuer Wirtschaftszweige, sondern schafft die Bedingungen dafür. In einer Region mit einem starken kollektiven Regionalbewusstsein setzen sich die Menschen nicht nur nachhaltiger für "ihre" Region ein, sondern von außen Kommende siedeln sich hier in dem Bewusstsein an, Teilhaber an eingespielten Regeln, Routinen und Werten zu werden, die wirtschaftliches Wachstum fördern und kulturelle Rahmenbedingungen für den Aufbau einer neuen Zivilgesellschaft setzen."

Der Welterbe-Status von Zeche Zollverein verhinderte erst vor zwei Jahren die Ansiedlung eines Euref-Campus, die Stadt Essen sah den Denkmalschutz gefährdet. Am Euref-Standort Berlin wird Tesla ein Büro mit Ingenieuren und Designern ansiedeln. Auf Zollverein ist eine solche Entwicklung undenkbar. Tausende mögliche Jobs kamen nicht, die ehemalige Zeche bleibt auch in Zukunft ein dunkles Loch, das Millionen verschlingt, aber den Menschen keine Zukunft bietet.

b.w.

Auch ansonsten ist das Argument Bergers, die Industriekultur würde die Bedingungen für neue Ansiedlung schaffen, kaum zu halten. Ja, wenn es den Denkmalschutz nicht gäbe und die "Industriekultur" nur eine Kulisse wäre, die man nutzen könnte, könnten die entsprechenden Immobilien an den wenigen attraktiven Standorten Investoren anziehen. Aber da die Auflagen ebenso hoch sind wie die Kosten für den Erhalt der Gebäude, ist dies nicht der Fall. Ob in der Maschinenhalle in Gladbeck-Zweckel, dem Gelände um die Jahrhunderthalle in Bochum oder Zollverein: Nach einer wirtschaftlichen Nutzung sucht man vergebens. Aus Mangel an Ideen und der Kneblungen durch den Denkmalschutz setzte man auf eine kulturelle Nutzung und schuf damit nur neue Subventionstatbestände. Neue Jobs, sich selbst tragende Jobs sind nicht entstanden. Doch die sind das, was im Ruhrgebiet fehlt. Berger irrt, wenn er schreibt: "Solidarisches Verhalten und das Zusammenwirken der Konfliktpartner Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat haben aus der schwerindustriellen Ballungsregion in jahrzehntelangen Prozessen eine Region gemacht, die zwar nicht zu den Boomregionen Deutschlands zählt, aber durchaus optimistisch in die Zukunft blicken kann..." Mit viel Geld wurde zwar der Kollaps abgewendet, aber Grund, optimistisch in die Zukunft zu schauen hat das Ruhrgebiet nicht: Nirgendwo während des langen Booms der 10er Jahre entstanden in Deutschland weniger Arbeitsplätze als im Ruhrgebiet. Der Abstand zu allen anderen Großstädten und Ballungsgebieten wurde größer. Eine aktuelle Prognose der Postbank geht davon aus, dass das Ruhrgebiet zu den Regionen gehört, in denen Immobilien in den kommenden Jahren an Wert verlieren werden. Das kann man kaum als Optimismus auslösenden Indikator werten, es sei denn man möchte in das lukrative Geschäft mit Schrottimmobiliën einsteigen. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) aus dem Jahr 2018 stellt dem Ruhrgebiet ein verheerendes Zeugnis aus: Wirtschaftskraft, Verkehrsinfrastruktur, Bevölkerungsentwicklung und die Anbindung der Hochschulen an die Unternehmen, nirgendwo läuft es auch nur halbwegs rund. Und dass der RVR seit Jahren nicht in der Lage ist einen Regionalplan zu erstellen, damit klar wird wo Wohnungen gebaut und Unternehmen sich ansiedeln können macht es wirklich nicht besser.

Grund zum Optimismus haben Menschen wie Berger, die ihr Geld vom Steuerzahler bekommen. Diejenigen, die dieses Geld erwirtschaften müssen, können seine Einschätzung kaum teilen.

Aber neben den harten Fakten gibt es noch einen weiteren Grund gegen ein mehr an Industriekultur: Sie ist mentales Gift. In Süddeutschland hält niemand der bei Sinnen ist, Industrie für etwas überholtes. Im Ruhrgebiet wurde sie musealisiert, was die Deindustrialisierung weiter beschleunigt hat. Nein, es ist nicht modern und zukunftsweisend, wenn in einer ehemaligen Zechenhalle Menschen in Strumpfhosen über eine Bühne hüpfen. Modern und zukunftsweisend wäre es, wenn dort neue Generationen von Industrie-robotern entwickelt und gebaut würden. Und das, ohne auf Denkmalschutz großartig Rücksicht nehmen zu müssen. **Corona hat zudem gezeigt, wohin Geld in Zukunft fließen muss: In die Digitalisierung, vor allem des Bildungswesens. Geld für alte Backsteinbauten wurde in der Vergangenheit schon viel zu viel ausgegeben. Als rentierliche Investition hat es das nicht erwiesen.**

Stärkt die vielen bereits bestehenden Industriedenkmäler!

Seit Jahrzehnten feiert das Ruhrgebiet Ende Juni die „ExtraSchicht“. Doch die „lange Nacht der Industriekultur“ fällt wieder Corona zum Opfer. Das Ruhrgebiet muss auf die „ExtraSchicht“ verzichten. So verkümmert und stirbt Stück für Stück das Leben und seine kulturellen highlights. Mit dem Landschaftsprk Nord in Duisburg, dem Gasometer in Oberhausen, der Zeche Zollverein in Essen, dem Bergbaumuseum in Bochum, dem Tetraeder in Bottrop, der Zeche Zollern in Dortmund hat das Ruhrgebiet herausragende Denkmäler der Industriekultur zu bieten und das sind nur einige von sehr vielen. Auch in Mülheim gibt es z.B. mit der Alten Dreherei in Broich oder dem Ledermuseum am Kassenberg wichtige Zeugnisse der



fährden!

Vergangenheit, die nur durch engagierte Bürger aufgebaut und betrieben wurden bzw. werden. Doch beide sind existenziell bedroht, seit die Coronamaßnahmen auch sie lahmgelegt haben. Hilfe von der Stadt gab es auch vor Corona kaum, häufig eher das Gegenteil. Im Bild links zum vorerst letzten Mal im Juni 2019: Die Extraschicht z.B. auf der Zeche Zollern in Dortmund. **Kurzum: Rettet und erhaltet die vielen Industriedenkmäler im Ruhrgebiet, anstatt mit einer windigen Welterbe-Bewerbung diese zu ge-**